

1989/1990: Ein anderes Deutschland war möglich

Jochem Černý

Post festum lässt sich das Thema nicht mehr durch ein Fragezeichen ergänzen. Hätte dies nicht hingehört? Ob es nun um die Verfassung ging, um die sogenannte Währungsunion oder die Perspektiven der DDR-Wirtschaft: Dass keine Vereinigung, sondern der Anschluss bevorstand, wurde ja mehr oder minder rasch klar. Doch 20 Jahre später bedarf es schon wohlbedachter Erinnerung, weswegen der Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung zum Kolloquium am 14. Mai 2009 Kolleginnen und Kollegen einlud, für die sich Kompetenz und unmittelbare Beteiligung am damaligen Geschehen in Zeitzeugenschaft verbinden.

Als erster sprach der Jurist *Volkmar Schöneburg* über das Schicksal des Verfassungsentwurfs des „Runden Tisches“ von 1990, wobei er von der 1949er DDR-Verfassung und den rasch wachsenden Diskrepanzen zwischen ihrem Text und der politischen Wirklichkeit ausging. Eine neue Verfassung zu erarbeiten, das war 1989 ein wichtiges Anliegen zunächst der Bürgerbewegung und wurde im Januar 1990 zur Aufgabe einer Arbeitsgruppe, die ihren Entwurf im März am „Runden Tisch“ vorlegte. Als Neuerungen, die nicht in Vergessenheit geraten dürfen, nannte Schöneburg vor allem die Ergänzung und Verstärkung der Bürgerrechte. Die Gleichwertigkeit politischer und sozialer Rechte wurde festgehalten und durch die Rechte auf angemessene Wohnung und Arbeit ergänzt. Das politische Kräfteverhältnis hatte sich für die Bürgerbewegung mittlerweile aber so ungünstig gestaltet (in den März-Wahlen erlangte die CDU 40,6 Prozent der Stimmen), dass es eine Mehrheit der neu gewählten Volkskammer ablehnte, über den Entwurf zu beraten. Immerhin erlangte er einigen Einfluss auf ostdeutsche Landesverfassungen, die nunmehr erarbeitet wurden.

Wie dann *Horst Singer* berichtete, entstand 1990 nach öffentlicher Einladung zur Mitarbeit noch eine Kommission, die sich um den Entwurf einer gesamtdeutschen Verfassung bemühte, dafür die Weimarer, die von BRD und DDR sowie den Entwurf des „Runden Tisches“ auswertete und 1991 das Ergebnis vorlegte. Da setzte auch der Bundestag eine Verfassungskommission ein, der allerdings die zu jener Zeit durchaus angebrachte Ost-West-Parität fehlte. Die Kommission veranstaltete 1992 öffentliche Anhörungen, gelangte aber letztlich zu keinem Entwurf einer neuen, regelrecht gesamtdeutschen Verfassung, so dass die BRD, wie Schöneburg einwarf, nach wie vor mit dem westdeutschen Grundgesetz der ersten Nachkriegsjahre auskommen muss.

Der Wirtschaftshistoriker *Jörg Roessler* brachte zunächst die Veränderungen in Erinnerung, die 1990 einsetzten, um dann die „Alternativen Programme zum wirtschaftlichen Zusammengehen beider deutscher Staaten“ zu behandeln, die wenig bekannt sein dürften.

Während der von Helmut Kohl am 28. November 1989 im Bundestag vorgestellte „10-Punkte-Plan“ noch Berührungspunkte mit dem Angebot einer Vertragsgemeinschaft aufwies, wie es Hans Modrow am 17. November in der Volkskammer vorgetragen hatte, entstand im Dezember in Bonn die Idee einer Wirtschafts- und Währungsunion. Im Januar kam es dort zum Strategiewechsel, ab Februar wurden Verhandlungen über die Herbeiführung der Einheit vorbereitet – genauer: für den Anschluss der DDR an die BRD –, und im März schuf die Volkskammerwahl die letzten Voraussetzungen für den Abschluss des Staatsvertrags über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, der am 18. Mai in Bonn unterzeichnet wurde.

Den größeren Teil seines Vortrags widmete Roesler den Alternativen,¹ wobei er sich auf sechs Konzepte bezog, die in der DDR, sowie auf drei, die in der BRD bis Februar 1990 entstanden waren. Gemeinsam waren ihnen das Ziel: Die Wirtschaften sollten zusammenwachsen und im Wesentlichen auch die Methoden: Pluralismus der Eigentumsformen, Marktwirtschaft mit Rahmenplanung, Durchsetzung der Pläne mit Hilfe von Subventionen, Steuern u. a. Der Währungsverbund sollte das Endergebnis des Übergangs zur Marktwirtschaft sein.

Wie verhielt man sich in Bonn zu solchen Konzepten und deren Autoren? Roesler zeigte das an mehreren Beispielen, so für die DDR an der LDPD, in der Kurt Wünsche prominenter Vertreter einer solchen Wirtschaftspolitik war. Graf Lambsdorff hielt ihm entgegen: „Ein halbherziges Ja zur Marktwirtschaft heißt nichts anderes als ein halber Erfolg auf dem Weg zu neuen Wohlstandschancen.“ Noch interessanter ist der Meinungsaustausch zwischen den fünf westdeutschen „Wirtschaftsweisen“ und dem Bundeskanzler im Februar 1990: Der Sachverständigenrat äußerte „Besorgnis“: „Wir halten die rasche Verwirklichung der Währungsunion für das falsche Mittel.“ Und Kohl: „In einer solchen Situation [wie jetzt] geht es um mehr als Ökonomie, so wichtig Ökonomie auch ist.“

Zusammenfassend stellte Roesler fest, dass es an alternativen Wirtschaftsprogrammen bis Anfang 1990 nicht fehlte. Was Kritiker der neoliberalen Marktwirtschaft und Gegner der Schocktherapie äußerten, was sie für die Einführung und Lenkung einer gemischten Wirtschaft empfahlen, war nicht nur plausibel – es wäre auch praktikabel gewesen.

An der Diskussion beteiligten sich *Annelies Kimmel* und *Rudi Ewald* mit gewerkschaftsgeschichtlichen Beiträgen.

Annelies Kimmel wurde für vier Wochen FDGB-Vorsitzende, nachdem Harry Tisch unter dem Druck der Basis am 3. November 1989 zurückgetreten war. Der Außerordentliche FDGB-Kongress am 31. Januar und 1. Februar 1990 vollzog eine radikale Abrechnung mit der Vergangenheit und forderte einen Neubeginn von unten nach oben, der auch im Gange war, als die Vorstände der Einzelgewerkschaften ab Mai die Auflösung des Bundes herbeiführten. Annelies Kimmel

1 Siehe Jörg Roesler: Es schlug nicht die Stunde der Ökonomen. Zur Rolle der Wirtschaftswissenschaftler bei der Transformation der ostdeutschen Wirtschaft, in: Zeitschrift 1999, 1996, H. 3, S.78-101.

hatte sich in jenen ereignisreichen Monaten hauptsächlich um das Vermögen und die Liegenschaften des FDGB zu kümmern.

Rudi Ewald berichtete über die Bauarbeitergewerkschaft, die in der zweiten Hälfte der Achtzigerjahre immer öfter in Konflikte mit FDGB-Bundesvorstand und SED-Führung geriet, während sich die Beziehungen zu den Kollegen in der BRD gut entwickelten, sodass 1990 zu vernünftigen Bedingungen ein Zusammenschluss beider Gewerkschaften gelang.

„Abwicklung und Entsorgung statt Nutzung und Ausbau zukunftsfähiger Strukturen und Potentiale der DDR-Wirtschaft“ – so hieß das Thema von *Christa Luft*, die sich in ihrer doppelten Kompetenz äußerte: als Wissenschaftlerin, die 1989 das Rektorat der DDR-Hochschule für Ökonomie innehatte, sowie als Politikerin, die im November das doppelte Amt der Wirtschaftsministerin und Stellvertreterin des Ministerratsvorsitzenden übernahm.² Wie die Referentin erklärte, kündigte die Regierung Modrow den „Übergang zu einer ökonomisch effizienten sozialen Marktwirtschaft mit ökologischer Orientierung“ an. Das meinte kein von Grund auf anderes sozialökonomisches System, sondern die Abkehr von der zentralistischen Kommandowirtschaft. Diese hatte die Produzenten zu wenig motiviert, war nicht hinreichend innovativ, begrenzte den Wettbewerb, tendierte zur Autarkie und brachte Mangel hervor.

Das wirtschaftspolitische Ziel der neuen Regierung charakterisierte Christa Luft als „Herausbildung einer gemischten, durch Eigentumsvielfalt gekennzeichneten Wirtschaft bei Dominanz von Gemeineigentum in den Schlüsselbereichen“, und sie listete Maßnahmen sowie Vorhaben auf, welche die Zustimmung sowohl der Volkskammer als auch der am „Runden Tisch“ vertretenen Bürgerbewegungen fanden. In der BRD weckte es großes Interesse, wie sich bei Berlin-Besuchen zuständiger Minister von Bund und Ländern, von Repräsentanten der Wirtschaft und Vertretern aller Bundestagsparteien zeigte.

Überaus rasch änderte sich das, als die Bonner Regierung am 7. Februar 1990 zunächst die Herbeiführung einer Währungsunion beider Staaten vorschlug: Die D-Mark sollte alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel auch für die DDR werden. Da die Mehrheit ihrer Bürger diesen Vorschlag begrüßte und die CDU am 18. März zur Regierungspartei machte, ließ sich die verfrühte Währungsumstellung nicht vermeiden. In der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli 1990 fand sie statt. Ihre Folgen waren absehbar.

Die Referentin zitierte Walter Romberg, der sowohl der Modrow-, als auch der de-Maizière-Regierung als Minister angehört und an den vorbereitenden Verhandlungen teilgenommen hatte: Schon in einem Papier vom 2. März sei von den DDR-Vertretern festgehalten worden, „dass die Arbeitsproduktivität in der DDR um 40 bis 50 Prozent niedriger liegt als in der BRD und etwa 70 Prozent der Unternehmen dort bei einem ‚Wurf in das kalte Wasser‘ ohne Förderung in eine Konkurslage kommen“ werden. Dies wäre „für mehrere Jahre mit einer

2 Siehe folgende Veröffentlichungen von Christa Luft: *Zwischen Wende und Ende*, Berlin 1991; *Treuhandreport*, Berlin 1992.

Arbeitslosigkeit in Höhe von 1,5 bis 2 Millionen verbunden“. Und tatsächlich sind von den in der DDR-Endzeit bestehenden 145 Betrieben mit jeweils mehr als 5.000 Beschäftigten ganze fünf Betriebe übrig geblieben.

Ulrich Busch begann seinen Vortrag über die „Währungsunion: Verlauf, Folgen, Alternativen“ mit der Feststellung: Das war keine Währungsunion – wie auch die Vereinigung keine Vereinigung war. Beides war Anschluss.³

Der Finanzwissenschaftler und Bankkaufmann erinnerte daran, dass die Modrow-Regierung von dem, was nötig gewesen wäre, und insbesondere vom Zeitplan erheblich andere Vorstellungen hatte als Kohl und seine Berater. Das galt erst recht für die Wirtschaftsfunktionäre an der Basis, aber auch für die Bundesbank! Doch die Politiker um Kohl sowie maßgebliche Kreise der westdeutschen Wirtschaft hatten in einer Währungsunion die Möglichkeit erkannt, den Anschluss der DDR an die BRD sowohl wirtschaftlich als auch politisch rasch herbeizuführen und abzusichern.

Busch skizzierte den Verlauf der Verhandlungen, die zum Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 18. Mai 1990 führten, wies auch auf Fehler hin, die dabei gemacht wurden, und wandte sich dann den – zumindest teilweise gewünschten – Wirkungen zu.

Am 1. Juli verlor die DDR-Bevölkerung ein Drittel ihres Geldvermögens, wobei sich die Verluste ungleich verteilten und am stärksten die Besserverdienenden trafen. Dies ist, wie Busch erklärte, eine der Ursachen, wenn es Gewerbetreibenden und auch Kleinunternehmern im Osten chronisch an Eigenkapital mangelt. Vollends die Regelungen für Industrie- und andere Betriebe sowie für die Wohnungsbaugesellschaften: Sie wurden mit Schulden im Umfang von insgesamt 167,1 Milliarden DM belastet! Damit war die ostdeutsche Konkurrenz weitestgehend zurückgedrängt. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt verringerte sich deren Leistung in wenigen Monaten um mehr als ein Drittel. Die Industrieproduktion sank um zwei Drittel. Der westdeutschen Wirtschaft brachte das unerwartet hohe Gewinne und wurde zum Wachstumsschub.

Auch wenn es in nächster Zeit für die „Ossis“ vieles zu feiern gibt – ich denke vor allem an die ostdeutsche Selbstbefreiung im November 1989 –, von den im Kolloquium besprochenen Ereignissen gehört kaum eines dazu.

3 Siehe Ulrich Busch: 15 Jahre Währungsunion. Ein kritischer Rückblick, in: UTOPIE-kreativ, Diskussion sozialistischer Alternativen, 2005, H. 177/178 (Juli/August), S.594-606.